

Arbeitsplätze sichern, Arbeitnehmende stärken, Transformation gestalten – NRW für die Zukunft aufstellen

Drucksache 18/18995 · eingebracht 2026-04-28 – Antragsteller: **SPD**

Arbeit

Bildung

Klima

Soziales

Mobilität

ZUSAMMENFASSUNG

Die SPD fordert ein umfassendes Paket zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Stärkung von Arbeitnehmer*innen und Gestaltung der industriellen Transformation in NRW – mit Schwerpunkten auf Tariftreue, Mobilitätsentlastung, Ausbildungschancen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

KERNFORDERUNGEN

- Tariftreuegesetz mit kommunalem Geltungsbereich
- Mobilitäts-Entlastungspaket (50% Deutschlandticket-Subvention)
- Job-Drehscheiben für KMU und Qualifizierungsberatung in Betrieben
- Gleichwertigkeit beruflicher/akademischer Bildung in der Verfassung
- Fördermittel an Tarifbindung, Mitbestimmung und Standorttreue geknüpft

BEWERTUNG

8.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag ist stark gemeinwohlorientiert: Er verbindet soziale Gerechtigkeit (Tariftreue, Lohnungleichheit, Teilzeitausbildung), ökologische Nachhaltigkeit (Transformation als klimapolitischer Imperativ), Solidarität (Mobilitätsentlastungspaket, Job-Drehscheiben) und Transparenz & Mitbestimmung (Mitbestimmung als Förderbedingung). Die einzige Schwäche ist die fehlende explizite Verankerung von Menschenwürde in Bezug auf prekäre Beschäftigungsformen oder digitale Arbeitsüberwachung. Die Matrix-Bewertung zeigt keine negativen Felder – alle berührten Bereiche sind mindestens +3.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Konsequente Verknüpfung von Klima-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
- Starke Fokussierung auf strukturelle Benachteiligung (Frauen, Jugendliche ohne Abschluss)
- Operationalisierung von Gemeinwohlzielen durch konkrete Förderbedingungen
- Integrierte Perspektive auf Transformation als Chance

Schwächen

- Keine explizite Verankerung von Menschenwürde bei digitalen Arbeitsformen
- Kurzfristigkeit des Mobilitätspakets
- Keine Nennung von Bürgerbeteiligung oder GWÖ als Referenzrahmen

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	++	•	++	•
C · VERWALTUNG	•	•	++	•	•
D · BÜRGER:INNEN	+	++	++	++	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	+	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

B2 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +4

Tariftreugesetz mit kommunalem Geltungsbereich

B4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +4

Mobilitäts-Entlastungspaket (Deutschlandticket-Subvention)

C3 Politische Führung & Verwaltung Bewertung: +4

Fördermittel an Tarifbindung, Mitbestimmung, Standorttreue geknüpft

D2 Solidarität Bewertung: +4

Job-Drehscheiben für KMU, Qualifizierungschancengesetz-Nutzung

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt Kernpositionen des SPD-Wahlprogramms 2022 wider: Tariftreuegesetz (S. 17), 13€ Landesmindestlohn implizit durch Lohnungleichheitsbekämpfung, Ganztagschule/KAoA-Stärkung (S. 18), Fachkräftesicherung durch Ausbildungsinitiative (S. 17), Mobilitätsentlastung als soziale Sicherheit (S. 10). Alle zentralen Themen sind abgedeckt.

„Wir wollen die Teilhabechancen von Arbeitslosen auf dem allgemeinen und dem sozialen Arbeitsmarkt stärken.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 18

PARTEIPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht dem Hamburger Programm: 'Gute Arbeit' (S. 53–57), 'Vollbeschäftigung' (S. 54), 'Recht auf Weiterbildung' (S. 56), 'soziale Gerechtigkeit' (S. 55), 'Solidarität' als Grundwert (S. 5). Die Forderung nach Tarifbindung, Mitbestimmung und existenzsichernden Löhnen ist direkt aus dem Grundsatzprogramm abgeleitet.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM

5/10

Teilweise Übereinstimmung: Fachkräftesicherung (S. 27–29), Anerkennung von Abschlüssen (S. 29), Vereinbarkeit (S. 62), Berufsbildung (S. 27). Aber klare Widersprüche: CDU lehnt gesetzliche Tariftreue ab (Vertragsfreiheit), kein Mobilitäts-Entlastungspaket im Programm, keine Förderbedingungen wie Mitbestimmung. Keine Quellen passen exakt für Tariftreue-Kritik.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

5/10

CDU-Grundsatzprogramm betont Soziale Marktwirtschaft und Tarifautonomie (Q17), Subsidiarität (Q16), aber auch 'Solidarität gegenüber denjenigen, die arbeiten' (Q16). Der Antrag widerspricht nicht frontal, bleibt aber hinter der CDU-Präferenz für freiwillige statt gesetzliche Regelungen zurück.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

8/10

Starke Übereinstimmung mit Grünen-Wahlprogramm: Klima-Transformation als Chance (S. 11, 36), Job-Drehscheiben als aktive Arbeitsmarktpolitik (S. 40), Qualifizierung für Automobilregionen (S. 40), Kreislaufwirtschaft/Industrie (S. 35), Mobilität als soziales Recht (S. 17). Einzig fehlend: explizite Verankerung von Bürger:innenräten oder Suffizienz.

„Die Veränderungen sind groß und bedrohen manches Geschäftsfeld und manchen Arbeitsplatz. Eine P...“
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 36

PARTEIPROGRAMM

8/10

Grünes Grundsatzprogramm fordert 'Rechtsanspruch auf Weiterbildung' (Q26), 'armutsfesten Mindestlohn' (Q27), 'gerechte Teilhabe' (Q26), 'sozioökologische Transformation' (Q26). Der Antrag greift diese Punkte direkt auf – nur die explizite Nennung von 'Bürger:innenbeteiligung' fehlt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

2/10

Fundamentaler Widerspruch: FDP lehnt staatliche Eingriffe wie Tariftreuegesetz, Förderbedingungen (Mitbestimmung, Tarifbindung), Mobilitäts-Subventionen und Preissteuerung ab. Stattdessen setzt sie auf Markt, Bürokratieabbau und Eigenverantwortung (S. 26–29). Der Antrag ist interventionistisch und verteilt Lasten auf Unternehmen – entgegen FDP-Leitidee 'Privat vor Staat'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

FDP-Grundsatzprogramm betont 'individuelle Freiheit', 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung', 'freie Marktwirtschaft' (Q30). Der Antrag knüpft Fördermittel an kollektive Bedingungen – ein klarer Bruch mit dem Kernwert 'Freiheit'. Keine Quelle passt wörtlich, daher leer.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

Vollständiger Widerspruch: AfD lehnt jegliche staatliche Lenkung am Arbeitsmarkt ab, ist gegen Tariftreue, gegen Subventionen, gegen 'Gender-Ideologie' (Frauenquote, Lohnungleichheit), gegen Energiewende (die Transformation wird hier als notwendig dargestellt). AfD fordert stattdessen 'Abschiebungen', 'Kernkraft' und 'Remigration' – alles unerwähnt oder konträr zum Antrag.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

AfD-Grundsatzprogramm fordert 'nationale Souveränität', 'gegen Subventionen', 'für Kernkraft', 'gegen Gender-Ideologie'. Der Antrag ist sozialstaatlich, klimapolitisch und geschlechtergerecht ausgerichtet – diametral entgegengesetzt. Keine Quelle passt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: ein befristetes „Mobilitäts-Entlastungspaket NRW“ aufgelegt wird, durch das der Preis für alle Varianten des Deutschlandtickets für einen Zeitraum von drei Monaten um 50 Prozent durch das Land subventioniert wird

ein **langfristiges** Mobilitäts-Entlastungspaket NRW aufgelegt wird, das eine **dauerhafte** Subventionierung des Deutschlandtickets für einkommensschwache Haushalte sowie **kostenlose** Nutzung für Schüler*innen, Azubis und Studierende vorsieht – ergänzt durch **Ausbauplan** für barrierefreie, klimaneutrale Mobilitätsinfrastruktur

Begründung: Erhöht GWÖ-Score durch stärkere Verankerung in D3 (Ökologie) und D4 (Soziale Gerechtigkeit), reduziert Kurzfristigkeit und stärkt langfristige Gemeinwohlorientierung.

Vorschlag 2 von 3

Original: die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in der Verfassung zu verankern

die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in der Verfassung zu verankern **und dabei ausdrücklich die Gemeinwohl-Ökonomie als Orientierungsrahmen für Bildungspolitik zu benennen**

Begründung: Stärkt direkten Bezug zur GWÖ-Matrix (Wert 'Solidarität' und 'Soziale Gerechtigkeit'), macht Wertebasis explizit und fördert systematische GWÖ-Integration in Schulen und Berufsbildung.

Vorschlag 3 von 3

Original: staatliche Fördermittel an klare Bedingungen geknüpft werden: Standorttreue, Beschäftigungssicherung, Tarifbindung, Mitbestimmung sowie Mitspracherechte der öffentlichen Hand bei größeren Fördervolumina

staatliche Fördermittel an klare Bedingungen geknüpft werden: Standorttreue, Beschäftigungssicherung, **Tarifbindung ODER Gemeinwohl-Bilanzierung nach GWÖ-Matrix**, Mitbestimmung sowie **Mitspracherechte der öffentlichen Hand bei größeren Fördervolumina – inklusive Beteiligung von Gewerkschaften, Betriebsräten und Zivilgesellschaft**

Begründung: Erweitert die soziale Dimension (C3, D2), ermöglicht Alternativen zur Tarifbindung für kleine Unternehmen und verankert GWÖ als gleichwertiges Bewertungsinstrument – stärkt 'Transparenz & Mitbestimmung' (D5) und 'Solidarität' (B2).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-122

Ja: **SPD** Nein: **AfD** **CDU** **FDP** **GRÜNE** **△**

△ Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match $\geq 7/10$)

Original-Antrag

Drucksache 18/18995

Arbeitsplätze sichern, Arbeitnehmende stärken, Transformation gestalten ·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

28.04.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Arbeitsplätze sichern, Arbeitnehmende stärken, Transformation gestalten – NRW für die Zukunft aufstellen

I. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen steht wirtschaftlich unter erheblichem Druck – mit großen Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Im März 2026 waren 789.840 Menschen in NRW arbeitslos gemeldet.¹ Allein im letzten Jahr mussten 6.502 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen Insolvenz anmelden.² Lange sicher geglaubte Arbeitsplätze fallen weg oder sind vom Wegfall bedroht. Geopolitische Spannungen und Negativeinflüsse des Kriegs im Iran auf die Rohstoffversorgung sowie Lieferketten und damit auf die Wirtschaftslage verschlechtern die Situation zusätzlich.

Die in der Konsequenz steigenden Preise und Kosten für Energie erhöhen nicht nur den Druck auf Unternehmen und damit auf Arbeitsplätze. Sie sind auch eine große Belastung für viele Familien in Nordrhein-Westfalen. Menschen mit geringem Einkommen sind besonders belastet aber auch für Haushalte mit mittlerem Einkommen sind die steigenden Kosten zur Herausforderung im Familienalltag geworden.³ Die Folgen sind eine wachsende Belastung und Verunsicherung der Bevölkerung und der Wirtschaft. Viele tarifgebundene und gut bezahlte Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel während gleichzeitig die Lebenshaltungskosten steigen. Plakative Appelle, die Menschen müssten mit Verweis auf die wirtschaftliche Lage mehr arbeiten, greifen schlicht zu kurz. Neben den Kosten für Wohnen und Energie stellen insbesondere die Mobilitätskosten eine erhebliche Barriere für die Teilhabe am Arbeitsmarkt und eine Belastung privater Haushalte dar. Um die Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar zu halten und Pendlerinnen und Pendler unmittelbar zu entlasten, ist ein zeitlich befristeter, signifikanter Preisnachlass auf das Deutschlandticket und seine Varianten ein notwendiges Signal der sozialen Sicherheit.

Auch die Lage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist angespannt. Der Anzahl von 789.840 Arbeitslosen im März 2026, stehen nur 156.430 gemeldete Arbeitsstellen gegenüber.⁴ Die Beschäftigungsquote von Frauen liegt in NRW mit 56, 1 Prozent unter dem

¹ Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Presseinfo Nr. 7 vom 31.03.2026.

² Quelle: <https://www.it.nrw/nrw-mehr-unternehmensinsolvenzen-im-jahr-2025-128203>

³ Quelle: <https://www.it.nrw/nrw-steigende-preise-fuer-energie-und-kraftstoffe-belasten-haushalte-mit-niedrigen-einkommen-128289>

⁴ Quelle: https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Bundeslaender/Nordrhein-Westfalen.html?nn=25856&year_month=202603

Bundesdurchschnitt von 59,7 Prozent.⁵ 33 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten in Vollzeit. Dies hat häufig Vereinbarkeitsgründe. 2023 gaben fast ein Drittel der Frauen in Teilzeitbeschäftigung an, aufgrund der Betreuung von Angehörigen in Teilzeit zu arbeiten, bei Männern waren es lediglich 6 Prozent.⁶

Die Probleme am Arbeitsmarkt setzen bereits früh ein. In Nordrhein-Westfalen verließen im Schuljahr 2023/24 7,4 Prozent aller Schulabgängerinnen und -abgänger die Schule ohne ersten Schulabschluss.⁷ Zum Stichtag 15. Oktober 2024 waren zudem 37.875 Schülerinnen und Schüler im Übergangssystem⁸ und mussten weiter auf eine berufliche Zukunft hoffen. Fast jeder fünfte Jugendliche bleibt in NRW langfristig ohne Berufsqualifikation. Die konjunkturelle Schwäche wirkt sich auch auf den Ausbildungsmarkt aus. Die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen ging um 4,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 99.272 betriebliche Angebote zurück. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber stieg hingegen um 3 Prozent auf 108.910.⁹ Wie wichtig eine duale Berufsausbildung schon heute auf dem Arbeitsmarkt ist, zeigen die Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit vom März dieses Jahres: Von den in NRW 156.430 offenen Stellen, richteten sich 98.958 Stellen, also 63,3 Prozent, an Fachkräfte mit einer dualen Berufsausbildung.¹⁰

Arbeitsplatzsicherheit und eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen wieder ins Zentrum der Landespolitik rücken. Um die Wirtschaftskraft von Unternehmen aber auch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken, krisenresilient zu machen und Belastungen zu reduzieren, sind verschiedene Maßnahmen notwendig. Ein wesentlicher Faktor für die Stabilität von Unternehmen und damit für sichere Arbeitsplätze ist die Fachkräftesicherung. Der Fachkräftemangel bleibt trotz schwieriger wirtschaftlicher Lage einer der häufigsten Insolvenzgründe.

Um dem Fachkräftemangel in NRW entgegenzuwirken, sind verschiedene Maßnahmen erforderlich. Sicherzustellen, dass junge Menschen einen Schulabschluss erwerben und eine Ausbildung abschließen, ist dabei zentral. In NRW müssen insbesondere junge Menschen, die bisher keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, in den Fokus genommen werden. Viele dieser jungen Menschen bemühen sich seit Jahren erfolglos. Ziel muss es sein, langfristige Lösungen zu finden und junge Menschen in Ausbildung zu bringen. Beim Thema Fachkräftesicherung kommt der dualen Berufsausbildung eine hohe Bedeutung zu. Denn nur wenn wir junge Menschen ausbilden, haben wir morgen Fachkräfte. Nicht besetzte Ausbildungsstellen erklären sich auch durch die fehlende Passung. Auch dies muss adressiert und dem entgegengesteuert werden, indem junge Menschen nicht ohne Schulabschluss die Schule verlassen, sie qualifiziert werden und es echte Anschlussperspektiven gibt.

⁵ Quelle: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Frauen-und-Maenner/generische-Publikationen/Frauen-Maenner-Arbeitsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=15

⁶ Quelle: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Frauen-und-Maenner/generische-Publikationen/Frauen-Maenner-Arbeitsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=15

⁷ Quelle: <https://www.it.nrw/nrw-rund-42-der-schulabgaengerinnen-erlangten-abitur-bei-schulabgaengern-waren-es-rund-33-127583>

⁸ Quelle: Antwort der Landesregierung auf die KA 6860 „Ausbildungsstart 2025 in NRW: Betriebe ohne Nachwuchs, potenzieller Nachwuchs ohne Perspektive – Wie reagiert die Landesregierung?“, (LT-Drs. 18/16955).

⁹ Quelle: <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-nrw/presse/2025-23-bilanz-auf-dem-ausbildungsmarkt-in-nrw-mehr-nachfrage-weniger-angebote-arbeitsagenturen-blicken-zurueck-auf-ein-schwieriges-jahr>

¹⁰ Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Presseinfo Nr. 7 vom 31.03.2026.

Auch der Stellenwert beruflicher Bildung muss gesteigert werden. Die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung zu erreichen, ist ein erklärtes Ziel in NRW. Neben der Verankerung der Gleichwertigkeit in der Verfassung, ist auch die Stärkung der beruflichen Bildung, der aufsuchenden sozialen Arbeit und der Berufsorientierung entscheidend. Beide Bildungswege tragen entscheidend zur Fachkräftebasis bei und müssen jungen Menschen verlässliche Perspektiven bieten.

Um bei der Fachkräftesicherung vorhandenes Potenzial besser zu erschließen, muss Nordrhein-Westfalen endlich echte Fortschritte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf machen. In vielen Familien ist das Zweiverdiener-Modell inzwischen Alltag. Aber die Lücken in der Betreuungsinfrastruktur und die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit zulasten von Frauen machen eine höhere Erwerbsquote und weniger Teilzeit für Frauen unmöglich. Um das Arbeitskräftepotenzial und damit auch die Produktivität von Unternehmen zu steigern, muss Nordrhein-Westfalen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als politisches Ziel verankern. Neben stärkeren Anreizen für familienfreundliche Unternehmen müssen Familien, die eine faire Verteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit wollen, besser unterstützt werden indem etwa flexiblere Arbeitszeitmodelle geschaffen, Angebote der frühkindlichen Bildung ausgebaut werden und die Tarifbindung gestärkt wird, um Lohnungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu verringern.

Gleichzeitig braucht es in Nordrhein-Westfalen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Beschäftigte in Transformationsprozessen nicht allein lässt. Frühzeitige Kompetenzanalysen, Qualifizierungsberatung in Betrieben und die Nutzung bestehender Instrumente wie des Qualifizierungschancengesetzes müssen gestärkt werden. Auch während Kurzarbeit können Weiterbildungen ein entscheidender Baustein zur Sicherung von Arbeitsplätzen sein. Ziel muss es sein die vorhandenen Beschäftigten für neue Aufgaben fit zu machen und zu qualifizieren. Doch die Zahl der Arbeitgeber in Deutschland, die Weiterbildungen anbieten ist laut IAB von 53 Prozent vor der Pandemie auf derzeit 44 Prozent gesunken.¹¹ Das heißt weniger Betriebe bilden in Zeiten von gravierenden Transformationsprozessen ihre Beschäftigten weiter. Und auch Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren werden, müssen frühzeitig weitervermittelt werden. Besonders bewährt haben sich Job-Drehscheiben, die Beschäftigte gezielt von guter Arbeit in gute Arbeit vermitteln noch bevor sie in die Arbeitslosigkeit eintreten. Diese Strukturen müssen ausgebaut und vor allem auch für kleine und mittelständische Unternehmen zugänglich gemacht werden. Damit Unternehmen in NRW zukunftsfähig bleiben und Fachkräfte gesichert werden, müssen Standortfaktoren verbessert und auch die Tarifbindung ausgebaut werden. Seit Jahren sinkt die Tarifbindung in Nordrhein-Westfalen. 2024 arbeiteten nur noch 51% der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Betrieb.¹² Staatliche Förderungen sollen an klare Bedingungen geknüpft werden: Standorttreue, Beschäftigungssicherung, Tarifbindung und Mitbestimmung.

Die Transformation der Industrie ist notwendig, aber sie kann nur gelingen, wenn Wirtschaft, Beschäftigte und Politik gemeinsam handeln. Viele Unternehmen stehen unter kurzfristigem Renditedruck, was langfristige Arbeitsplatzsicherung erschwert. Eine neue Kultur des Miteinanders ist nötig: Die Politik schafft verlässliche Rahmenbedingungen, Unternehmen sichern Arbeitsplätze und bekennen sich zu Sozialpartnerschaft und Tarifbindung, Beschäftigte bringen ihr Know-how und ihre Anpassungsbereitschaft ein in einem Umfeld, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht.

NRW muss die Transformation jetzt endlich aktiv gestalten, Arbeitsplätze sichern und die Grundlagen für einen starken Arbeitsmarkt und Industriestandort schaffen.

¹¹ Quelle: Markt und Mittelstand, 3/2026: 10f.

¹² Quelle: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/03/PD25_109_623.html

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. Arbeitskräfte und -plätze zu sichern, indem u.a.
 - der Strukturwandel aktiv begleitet wird und Arbeitsplätze sowie Industriestandorte in NRW dauerhaft gesichert werden.
 - Industrieunternehmen stärker bei der Transformation unterstützt und langfristige und nachhaltige Beratungsstrukturen gefördert werden.
 - ein wirksames Tariftreuegesetz aufgelegt wird, das einen breiten Geltungsbereich aufweist und kommunale Vergaben einschließt.
 - Job-Drehscheiben als Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik auch für kleine und mittelständische Unternehmen zugänglich gemacht und hierfür ein Pilotprojekt im Rahmen der Fachkräftesicherung gestartet; bestehende TBS-Beratungsstellen gestärkt und erweitert werden. Strukturmittel aus dem Rheinischen Revier können hierfür zunächst eingesetzt werden und bei Erfolg ist eine landesweite Ausweitung vorzusehen.
 - die Qualifizierungs- und Weiterbildungsberatung in den Betrieben ausgebaut wird, insbesondere durch eine bessere Nutzung der Möglichkeiten des Qualifizierungschancengesetzes.
 - Weiterbildungsangebote nach SGB III während Kurzarbeit stärker bekannt gemacht werden, um Qualifizierung als Instrument der Arbeitsplatzsicherung zu nutzen.
 - eine umfassende Qualifizierungs- und Weiterbildungsstrategie für den Transformationsprozess entwickelt wird, die zugleich berufliche und akademische Bildung als gleichwertige Wege der Fachkräftesicherung berücksichtigt.
 - die Verfahren der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen weiter vereinfacht und beschleunigt werden.
2. Ausbildungschancen zu verbessern. Dazu gehört unter anderem:
 - den Start von jungen Menschen ohne Anschlussperspektive zu verbessern, indem u.a. das Qualifizierungsjahr besser vergütet wird, Berufsberatung und KAOA sowie Jugend und Beruf gestärkt werden;
 - die Zusammenarbeit mit Jugendberufsagenturen weiterzuentwickeln und zu stärken;
 - Weiterbildungen, Qualifizierungen, ebenso wie abschlussorientierte und -durchgeführte Teilqualifizierungen stärker als bisher zu fördern. Teilqualifizierungen sollen dabei nur für über 25-Jährige angeboten und durchgeführt werden, um die duale Ausbildung nicht zu verdrängen;
 - das Matching von jungen Menschen auf Ausbildungssuche und Unternehmen zu verbessern;

- Maßnahmen zur Fachkräfte- und Auszubildendengewinnung auszubauen, etwa durch regionale Vermittlungsnetzwerke und gezielte Beratungsangebote, die berufliche und akademische Bildungswege gleichwertig behandeln;
 - das Angebot an Teilzeitausbildungen insbesondere für junge Eltern zu stärken und auszubauen;
 - die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in der Verfassung zu verankern und die berufliche Bildung zu stärken.
3. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, indem u.a.
- ein verbindliches Vereinbarkeitsziel bis 2030 geschaffen wird.
 - Jobsharing im öffentlichen Dienst gefördert wird.
 - die Erwerbstätigkeit von Frauen und Eltern erleichtert wird, indem Angebote der frühkindlichen Bildung sowie flexiblere Arbeitszeitmodelle ausgebaut werden und die Lohnungleichheit durch mehr Tarifbindung verringert wird.
 - ein befristetes „Mobilitäts-Entlastungspaket NRW“ aufgelegt wird, durch das der Preis für alle Varianten des Deutschlandtickets für einen Zeitraum von drei Monaten um 50 Prozent durch das Land subventioniert wird, um die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere berufstätige Familien angesichts der aktuellen Preissteigerungen direkt und unbürokratisch zu unterstützen.
4. die Wirtschaft zu stärken. Dazu gehört:
- die maximale Förderobergrenze im Programm NRW.BANK.Invest Zukunft über die bisher geltenden 10 Mio. € pro Vorhaben anzuheben, um großvolumige Industrieansiedlungen und Transformationsprojekte in NRW wirksam zu unterstützen und die Attraktivität des Standorts zu stärken;
 - sich beim Bund für eine unverzügliche Einführung eines Industriestrompreises ab Januar 2026 für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrie einzusetzen, der mindestens 80 Prozent des Stromverbrauchs abdeckt und bei 5 Cent/kWh liegen sollte;
 - Innovative Zukunftsfelder für die nordrhein-westfälische Industrie zu unterstützen;
 - staatliche Fördermittel an klare Bedingungen zu knüpfen, darunter Standorttreue, Beschäftigungssicherung, Tarifbindung, Mitbestimmung sowie Mitspracherechte der öffentlichen Hand bei größeren Fördervolumina;

- ein verlässliches Miteinander von Sozialpartnern und Politik zu fördern, das auf fairer Lastenverteilung basiert und verhindert, dass Gewinne privatisiert und Verluste gesellschaftlich getragen werden.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Alexander Vogt
Lena Teschlade
Thorsten Klute
André Stinka

und Fraktion